

# Ksenija Bekeris - Engagiert für Barmbek in der Bürgerschaft



**SPD**

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBERG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 02/2013

31. Mai 2013

## Winternotprogramm erfolgreich beendet. Unterbringung von Wohnungslosen und Flüchtlingen bleibt eine Herausforderung

Mitte April endete das Winternotprogramm. Es bot in den Wintermonaten all jenen HamburgerInnen einen Schutz vor Erfrierung, die obdachlos sind.

In diesem Winter bot das Winternotprogramm 925 Plätze an – so viele wie nie zuvor. Kann man deshalb davon sprechen, dass es erfolgreich beendet wurde? Nein, bestimmt nicht, denn die hohe Platzzahl ist eine Reaktion auf den sehr hohen Bedarf und die Situation in den Unterküften war zeitweise sehr angespannt. Es ist gut, dass in diesem Jahr in Hamburg niemand erfroren ist – aber auch das ist kein Erfolg.

Allerdings ist es ein Erfolg, dass es in Hamburg durch entschiedenes Vorgehen von SPD-Senat, Fraktion und

den Bezirken gelungen ist, kurzfristig zahlreiche Notplätze anzubieten und gleichzeitig andere Hebel in Bewegung zu setzen, um die Problematik Obdachlosigkeit anzugehen. Dazu gehört nicht nur der Wohnungsbau. Es geht auch darum, mit den innereuropäischen Zuwanderungsbewegungen umzugehen, denn ungefähr die Hälfte der Plätze im Winternotprogramm wurde von EU-MigrantInnen genutzt.

Geschätzte 80 Prozent der europäischen MigrantInnen sind sehr gut bis gut qualifiziert und finden in Hamburg Arbeit und Wohnung. Gering Qualifizierte leben in Hamburg aber oft in prekären Wohn- und Arbeitsverhältnissen. Die eingeschränkte Freizügigkeit für rumänische und bulgarische

StaatsbürgerInnen verschärft die Flucht in Schwarzarbeit und unterstützt dubiose Arbeits- und WohnungsvermittlerInnen. Deshalb hat der Senat auf Antrag der SPD-Fraktion eine Beratungsstelle eingerichtet, die z.B. über ArbeitnehmerInnenrechte und Krankenversicherung aufklärt und im Zweifel gegenüber säumigen Arbeitgebern mit einem Anwalt zur Seite steht.

Der Senat hat darüber hinaus eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe initiiert, denn ohne eine Kooperation mit dem Bund und auch der EU kann Hamburg auf diese Migrationsbewegungen nicht adäquat reagieren. Während der Zugang zum Arbeitsmarkt - zum Nutzen der Hamburger Wirtschaft - meist funktioniert, ist die

soziale Absicherung oft unbefriedigend und ungeklärt. EU, Bund und Länder müssen Regelungen finden, um Freizügigkeit menschenwürdig zu gestalten.

Keine Hamburger Lösung zeichnet sich für eine Gruppe afrikanischer Flüchtlinge ab, die aus Libyen über Italien nach Hamburg gekommen sind. Ihnen kann rechtlich keine Bleibeperspektive eröffnet werden. Da sie keinerlei sozialrechtliche Ansprüche haben, ist ihre Situation äußerst prekär. Die Stadt sucht zurzeit intensiv nach Unterküften, um humanitäre Hilfe zu gewährleisten. Tagesaufenthaltsstätten, medizinische Versorgung und Beratungsstellen stehen ihnen bereits jetzt offen. Eine Rückreise nach Italien, wo die Flüchtlinge eine Arbeitserlaubnis haben, scheint unausweichlich.

Durch die rote Brille. Der  
Kommentar auf Seite 1

In Sachen Elbphilharmonie ist derzeit bei der CDU eine erstaunliche Geschichtsvergessenheit zu beobachten. Als scheinbar bissige Oppositionspartei droht sie unverschämten mit einem weiteren Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. CDU-Frontmann Wersich hält gar den Umgang des Bürgermeisters mit dem Parlament in Sachen Elbphilharmonie für „inakzeptabel“.

Dass seit über einem Jahr an der Elbphilharmonie nicht gebaut wird ist inakzeptabel. Es ist inakzeptabel, dass die Bauplanung derart mangelhaft war, dass sich die Baukosten mittlerweile auf das 10fache der ursprünglichen Planung gesteigert haben. Es ist inakzeptabel, dass bis heute kein Politiker und keine Politikerin dafür die Verantwortung übernommen hat!

Nun findet es Herr Wersich inakzeptabel, bis Ende Juni über die Verträge abzustimmen, die den Bau des Konzertsaals wieder in Gang bringen soll. Zu

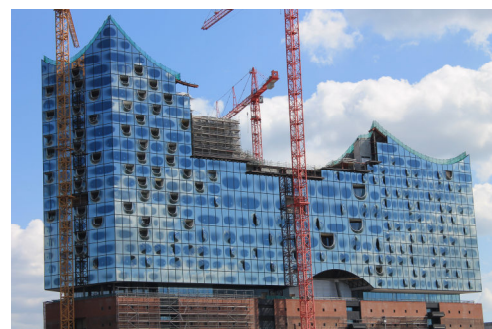


Foto: Marlies Schwarzien/pixelio.de

Ein bekannter Anblick: Die Philharmonie umgeben von drei Baukränen

Fortsetzung auf S. 2

# Ksenija Bekeris - Engagiert für Barmbek in der Bürgerschaft

wenig Zeit für die Prüfung der Verträge meint er.

Es sind Verträge, in denen der Konzern Hochtief erstmals alle Baurisiken übernimmt. Hochtief garantiert die Fertigstellung der Philharmonie zum 31.10.2016. Hochtief muss eine hohe Strafe bezahlen, falls dieser und anderer Zwischentermi-

ne nicht eingehalten werden.

Hochtief tut dies nicht umsonst. Satte 198 Mio Nachschlag erhält das Unternehmen dafür. Aber mehr nicht. Ein guter Schnitt für die Hansestadt?

Immerhin so gut, dass es bei Hochtief angesichts der Verträge richtig Ärger gibt. Ein

Anhaltspunkt dafür, dass Olaf Scholz gut verhandelt hat.

Wäre es da nicht inakzeptabel, wenn sich die CDU mit vorgeschobenen Argumenten aus der Verantwortung für das von ihr verkorkste Bauprojekt zieht?



Foto: manwalk/pixelio.de

Zebrastreifen: sie sollen für mehr Sicherheit an der Fuhlsbüttler Straße sorgen

## Mehr Sicherheit für die Fuhle:

### Ksenija Bekeris und SPD Barmbek Mitte fordern Zebrastreifen an der Fuhlsbüttler Straße

Nachdem die Baumaßnahmen an der Verkehrswegeführung rund um den Barmbeker Bahnhof beendet sind und sich auch der Busverkehr eingependelt hat, kann die neue Verkehrssituation beurteilt werden.

Als zentraler Verkehrsknotenpunkt wird der Bahnhof täglich von vielen tausend Menschen genutzt. Gleichzeitig dienen die Fuhlsbüttler Straße und der Wiesendamm als Hauptverkehrsverbindung in Richtung Fuhlsbüttel. Es treffen am Bahnhof sämtliche Verkehrsarten aufeinander. Diese Konfliktsituation wird in der Regel durch Verkehrszeichen gelöst. An den Kreiseln und am Abbieger an der Drosselstraße fehlen diese aber komplett. Viele Menschen – insbesondere Kinder, kör-

perlich Beeinträchtigte und Ältere – sind aufgrund der fehlenden sichtbaren Regelungen unsicher, wie sie sich in dieser Gemengelage richtig verhalten. „Zebrastreifen könnten Abhilfe schaffen“ so die Meinung von Ksenija Bekeris.

Die SPD im Regionalaussschuss forderte vor kurzem bereits einen Zebrastreifen beim Rechtsabbieger an der Ecke Fuhle/Drosselstraße. Die Polizei lehnte dies mit der Begründung ab, dass noch kein Unfall passiert sei, weswegen auch keine Gefahr bestünde und damit kein Handlungsbedarf.

Dabei haben die Zebrastreifen schon auf dem Wiesendamm erheblich zur Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger beigetragen. Sie sorgen für eine klare Rege-

lung des Verkehrs und geben den schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern die Möglichkeit der sichereren Überquerung der Straße.

Die örtliche SPD Barmbek-Mitte hat nun eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen, die sich für die Verbesserung der Situation an der Fuhle durch mehr Zebrastreifen einsetzt. Ksenija Bekeris unterstützt diese Aktion. In ihrem Büro in der Pestalozzistr. 21a liegen Unterschriftenlisten aus. Alternativ kann auch bei Herrn Hoffmann im Buchladen an der Fuhle/Drosselstraße für mehr Sicherheit unterzeichnet werden. Die Unterschriftenlisten werden dem Bezirksamt mit der Bitte um zügiges Handeln übergeben.

## VERANSTALTUNGS-

TIPP:

**NÄCHSTE  
BÜRGERSPRECH-  
STUNDE AM  
25. JUNI 2013  
VON 17-18.30  
UHR IN DER  
PESTALOZZISTR.  
21A**

## Neuer Newsletter: Bewährtes bleibt bei mehr Aktualität

Um mehr Aktualität zu bieten, wird der Newsletter in Zukunft häufiger erscheinen: alle sechs Wochen erhalten Sie diesen in Zukunft. Im Gegenzug wird er schlanker. Es bleibt aber bei der Kombination aus Informationen aus Bürgerschaft und Wahlkreis mit dem bewährten Kommentar „Durch die rote Brille“.

Impressum/ V.i.S.d.P.:

Ksenija Bekeris, stv. Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Soziales

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris, Pestalozzistr. 21a, 22305 Hamburg, [info@ksenija-bekeris.de](mailto:info@ksenija-bekeris.de)

Öffnungszeiten: Di., Mi., Fr.: 9-13 Uhr; Do.: 14-19 Uhr. [www.ksenija-bekeris.de](http://www.ksenija-bekeris.de)